

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Walter Nussel

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Susanne Kurz

Abg. Manfred Eibl

Abg. Christian Klingen

Abg. Albert Duin

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann,  
Michael Busch u. a. und Fraktion (SPD)**

**Planungssicherheit für Weihnachtsmärkte (Drs. 18/18824)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion das Wort.

**Ruth Waldmann (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist viel die Rede von der Pandemielage von nationaler Tragweite. Wir haben vor allem aber auch eine Pandemielage von bayernweiter Tragik. Hier gibt es nach wie vor die höchsten Inzidenzen, die vollsten Kliniken und die niedrigste Impfquote in ganz Westdeutschland. Mit dem heutigen Tag wurde der Katastrophenfall ausgerufen. Das musste leider sein, und gleichzeitig erreichen uns am heutigen 11.11.2021 Bilder aus Köln vom Beginn des Karnevals, die einen doch recht nachdenklich stimmen angesichts solcher Zahlen.

(Unruhe)

– Es wäre ganz schön, wenn Sie sich für Ihre Unterhaltung nach draußen begeben könnten. – Die Lage in Bayern ist äußerst unübersichtlich, was zum Beispiel das weitere Zusammenkommen auf öffentlichem Raum und das Feiern angeht.

(Anhaltende Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte gehen Sie doch zum Reden nach draußen.

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Frau Kollegin Waldmann, eine Sekunde bitte. – Lieber Markus Blume, könnt ihr für die Diskussion bitte nach draußen gehen? Das stört total. Herr Kollege Sauter und Herr Pschierer, gehen Sie bitte nach

draußen. Ich nenne Sie jetzt alle namentlich, damit Sie sich angesprochen fühlen. – Frau Kollegin Waldmann, Sie haben jetzt das Wort, bitte schön.

**Ruth Waldmann (SPD):** Angesichts der jetzt anstehenden Saison mit den Weihnachtsmärkten kommt noch mehr Unsicherheit auf. Übrigens haben inzwischen schon einige Kommunen Bayerns die Weihnachtsmärkte abgesagt, so auch die Heimatgemeinde unseres Wirtschaftsministers, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Aiwanger. Offenbar konnte der Wirtschaftsminister nicht einmal daheim erklären, wie ein Weihnachtsmarkt unter den gegenwärtigen Bedingungen hätte stattfinden können.

(Beifall bei der SPD)

Es war ihnen offenbar zu gefährlich. Dabei hätten sie ihn daheim durchaus verstanden, wenn er mit ihnen geredet hätte. Jetzt hätte er sogar hingehen können, nachdem er sich hat impfen lassen. Aber jetzt wird's wieder nix. Dabei haben Sie sich, Herr Aiwanger, und auch der Gesundheitsminister hochleben lassen und ausführlich selbst gelobt, als Sie Mitte Oktober gemeinsam verkündeten, dass die Märkte praktisch ohne Auflagen überall stattfinden könnten. Das hat es zu der Zeit noch nicht einmal in einem Fußballstadion gegeben, wo wenigstens nach der 3G-Regel bestimmt wurde, wer ins Stadion kommt. Das war am 19. Oktober, und das ist gerade einmal drei Wochen her. Diese Aussage war fahrlässig; denn schon damals zeichnete sich die Lage ab. Die Inzidenzen waren hoch. An dem Tag gab es eine Inzidenz von 116. Das war die höchste Inzidenz in Westdeutschland, die einzige in Westdeutschland mit einem Wert von über 100. An diesem Tag gab es 10.000 neue Corona-Fälle. Man konnte schon damals erahnen, in welcher Lage man in ein paar Wochen sein würde. Nur leider hat eben diese Krankenhausampel, diese unsägliche Krankenhausampel, das alles nicht abgebildet, weil sie erst die Lage abzeichnet, wenn es schon zu spät ist. Das haben wir heute schon häufiger gehört.

Übrigens haben Sie der Branche, von der Sie sich haben loben lassen, und den Standl-Betreibern einen Bärendienst erwiesen. Wenn diese Ihnen nämlich geglaubt

haben, geplant und eingekauft haben und vielleicht auch Verträge abgeschlossen haben, dann stehen die jetzt zum Teil recht blöd da und sind von Ihnen im Regen stehengelassen. Derselbe Gesundheitsminister, der das mitverkündet und mitverantwortet hat, läuft jetzt mit der Alarmglocke durchs Land und weist auf die pandemische Notlage hin, in der wir uns jetzt befinden. In der Tat ist es besonders schlimm.

Übrigens hat auch der sächsische Landeschef von der CDU, der momentan mit die höchsten Infektionszahlen in Ostdeutschland zu verantworten hat, die Absage von Weihnachtsmärkten gefordert.

Sie müssen jetzt eine Entscheidung treffen und für Klarheit sorgen. Soll es dabei bleiben? Können Sie Rahmenbedingungen benennen, unter denen diese Veranstaltungen auf sichere Art und Weise weiter stattfinden können? Nach heutiger neuester Meldung will Ministerpräsident Söder bei der von Olaf Scholz angekündigten Bund-Länder-Besprechung über die Weihnachtsmärkte sprechen, aber das ist, ehrlich gesagt, zu spät für vernünftige Planungen. Drücken Sie sich nicht vor der Entscheidung! Sie haben die uneingeschränkte Durchführung auch in Bayern einsam verkündet, ohne sich mit den anderen abzusprechen. Das Angenehme wollten Sie gerne für sich in Anspruch nehmen und das Lob einheimen, aber für die unangenehmen Einschränkungen oder auch Absagen wollen Sie lieber nicht geradestehen.

(Beifall bei der SPD)

Auch heute bleibt Ministerpräsident Söder äußerst vage, indem er sagt: Masken auf den Weihnachtsmärkten wären das Mindeste. – Aber was heißt jetzt "das Mindeste"? Sagen Sie doch, was Sie meinen! Was bringt im Übrigen eine Maske auf dem Weihnachtsmarkt, wenn man gerade einen Glühwein trinkt, Maroni isst oder eine Bratwurst verzehrt? Dann sind die Masken ja sowieso runter.

Jetzt gilt 2G in der Gastronomie, aber nicht bei solchen Massenzusammenkünften. Wer jetzt noch länger wartet, der macht es noch schwieriger, auch für diejenigen, die jetzt wissen müssen, worauf sie sich einstellen sollen, und die jetzt planen müssen.

Man muss sich jetzt auch einmal zu einer unangenehmen Ansage durchringen. Dafür brauchen Sie auch nicht auf eine Ministerpräsidentenkonferenz zu warten.

Herr Söder, ganz ehrlich, wir wissen doch, dass Sie sich am Ende an die Beschlüsse gar nicht oder nur mit äußerst kurzer Halbwertszeit halten und meistens am nächsten Tag schon eine Extrawurst für Bayern braten. Machen Sie uns doch nicht weis, dass Sie dafür die anderen brauchen. Auch in Bayern ist das einsam angekündigt worden. Jetzt müssen Sie für Klarheit und Planungssicherheit sowohl für die Betreiber der Märkte als auch für die Besucherinnen und Besucher sorgen, die sich vielleicht schon sehr gefreut haben.

Wir müssen die Realitäten anerkennen. Selbst wenn es Konzepte geben sollte, dann werden wohl doch, anders als angekündigt, erhebliche Einschränkungen nötig sein. Wir wollen dann aber bitte genau wissen, wie das funktionieren soll. Bitte drücken Sie sich nicht vor dieser Entscheidung. Wir sind gespannt, was wir heute dazu von Ihnen hören werden.

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Frau Waldmann. – Der nächste Redner ist der Kollege Walter Nussel von der CSU-Fraktion.

**Walter Nussel (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Waldmann, für mich gab es in Ihren Aussagen etliche Widersprüche. Zum Schluss konnte ich vernehmen, dass Sie sich letztendlich gegen Weihnachtsmärkte aussprechen.

Ich muss feststellen, dass die Staatsregierung ihren Auftrag vorausschauend wahrgenommen hat. Am 12. Oktober gab es einen Runden Tisch mit Vertretern des Gesundheitsministeriums, des Wirtschaftsministeriums, meiner Wenigkeit, Schaustellern und Vertretern der Gemeinden und Städte. Am 19. Oktober wurde dann das Rahmenkonzept für Weihnachtsmärkte veröffentlicht. Damals sprach keiner, auch Sie nicht, von

einem K-Fall, und niemand dachte, dass wir noch einmal den Katastrophenfall ausrufen würden. Hätten wir das Konzept damals nicht auf den Weg gebracht und hätten heute vielleicht keinen K-Fall, würden Sie uns vorwerfen, die Staatsregierung wäre hier nicht tätig geworden und hätte nicht vorausschauend Weichen gestellt. Dies möchte ich eingangs sagen.

Ein weiteres Thema: Wir müssen feststellen – ich möchte hier fraktionsübergreifend an alle appellieren –: Das Leben mit Corona wird auch am 31.12. dieses Jahres nicht vorbei sein. Wir werden damit weiterhin Probleme haben. Das Problem ist nicht, dass wir gesagt haben, Leute, lasst euch impfen, dann erhaltet ihr eure Freiheit zurück, sondern das Problem ist, dass die, die sich nicht haben impfen lassen, jetzt unsere Krankenhäuser füllen.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich nach wie vor: Leben mit Corona. Ich bin dafür, dass Weihnachtsmärkte unter Einhaltung von Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen stattfinden. Hier sind wir alle in einem Boot: die Staatsregierung, der Landtag, aber auch die Gemeinden und die Städte, die draußen ordnungsrechtlich verantwortlich sind. Wir müssen dies miteinander lösen. Ich möchte auch dafür werben, dass Bürgermeister nicht gleich verkünden: Das ist mir zu gefährlich, ich schließe den Weihnachtsmarkt, das mache ich nicht. – Dies finde ich gegenüber der Gesellschaft insgesamt nicht in Ordnung; denn was passiert dann im Umkehrschluss – das hatten wir in den letzten Monaten zuhauf –? Dass sich die Menschen, vor allem auch ungeimpfte, dann privat treffen, wo es keine Kontrolle und keine Hygienevorschriften gibt. Dort stecken sich die Menschen letztendlich an.

Wir sprechen schließlich von Weihnachtsmärkten im Freien. Im Rahmenkonzept für die Weihnachtsmärkte kann man nachlesen, welche Maßnahmen hier von staatlicher Seite gefordert sind und welche Maßnahmen zusätzlich getroffen werden können. Wenn zum Beispiel auf einem Weihnachtsmarkt eine Hütte steht, in die Menschen hi-

neingehen können, ist dies klar geregelt. Die Kommunen können auch zusätzlich Maßnahmen treffen, wenn sie der Meinung sind, dass dies nötig ist. Wir haben unterschiedliche Weihnachtsmärkte je nach den Liegenschaften, auf denen sie stattfinden. Ich nenne zum einen den Christkindlesmarkt in Nürnberg und zum anderen das Weihnachtsdorf in der Münchener Residenz. Hier haben wir völlig andere Voraussetzungen. Hier kann eine Stadt entsprechende Hygienemaßnahmen anordnen. Wir werden dies auch gerne unterstützen.

Ich will Sie mit meinen Aussagen motivieren, der Bevölkerung auch in einer solch schwierigen Zeit wieder etwas Freiheit zurückzugeben und zu gewährleisten, dass sie soziale Kontakte unter Einhaltung gewisser Sicherheitsmaßnahmen pflegen können. Wir haben den Schaustellern im Oktober mitgeteilt: Wir wollen, dass Weihnachtsmärkte stattfinden. Wir wollen, dass ihr nach fast zwei Jahren euer Gewerbe ausüben und die Menschen draußen "verwöhnen" könnt. – Wir müssen allerdings gemeinsam aufpassen und Kontrollen durchführen. Ich habe vorhin mit dem Innenminister besprochen, dass die Polizei und die Ordnungsämter gefordert sind, den Ablauf vor Ort zu kontrollieren. Wenn sich Menschentrauben an Glühweinständen bilden, muss man durchgreifen; das kann so nicht sein. Die Abstände müssen gewahrt werden. Aber dass man dies einfach infrage stellt und die Weihnachtsmärkte, wie Sie es als SPD ausgeführt haben, deshalb streicht, dem wollen wir nicht folgen. Wenn sich von Bundesebene neue gesetzliche Auflagen ergeben, müssen wir neu darüber diskutieren.

Auch im Hinblick auf Entbürokratisierung muss ich feststellen: Wir haben ein gutes Konzept für die Weihnachtsmärkte vorgelegt. Daran sollte man sich orientieren. Ich möchte Sie auffordern, hier mitzuhelfen und diesen Weg mitzugehen.

(Beifall bei der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung: Herr Bergmüller. – Bitte.

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege Nussel, wir haben das Rahmenkonzept am 21.10. im Wirtschaftsausschuss diskutiert. Sie waren davon felsenfest überzeugt. Heute haben Sie zwar den Katastrophenfall erwähnt, aber Sie waren immer noch der Meinung, dass dieses Rahmenkonzept durchführbar ist. Ich zitiere noch einmal aus einer Studie der führenden Aerosolforscher in Deutschland, Herrn Asbach und Herrn Scheuch, die ich schon mehrmals zitiert habe, wonach 99,1 % aller Ansteckungen nicht im Freien stattfinden. Der Bund soll für uns jetzt sekundär sein. Darauf können Sie sich später berufen. Wenn nur Ihre Staatsregierung hier in Bayern das Sagen hat, gilt das Rahmenkonzept auch dann – so haben Sie es jetzt ausgedrückt –, wenn der K-Fall ausgerufen ist, weil dieser vor allem das Krankenhausmanagement betrifft. Sie bleiben dabei, das Rahmenkonzept ist vernünftig?

**Walter Nussel (CSU):** Ja. Ich habe dies ausgeführt. Dazu stehe ich nach wie vor. Wir sind im Freien. Sie haben Ihre Frage eigentlich schon selbst beantwortet. Zum jetzigen Stand stehe ich zu meinen Aussagen.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke. – Die nächste Zwischenbemerkung: Frau Waldmann. – Bitte.

**Ruth Waldmann (SPD):** Ich muss Sie korrigieren. Sie haben gesagt, wir hätten hier beantragt, –

**Walter Nussel (CSU):** Ein bisschen lauter, bitte. Ich verstehe Sie schlecht.

**Ruth Waldmann (SPD):** – Weihnachtsmärkte sollten gestrichen werden. Dies ist nicht der Fall. Stattdessen haben wir Sie aufgefordert, für Klarheit zu sorgen.

Gerade haben Sie geäußert, Sie halten das Rahmenkonzept, das im Oktober verkündet wurde, für ausreichend. Dies finde ich vor dem Hintergrund des heute ausgerufenen Katastrophenfalls wirklich bemerkenswert; denn es enthält so gut wie keine Auflagen, die die Hygieneregeln ernsthaft bestimmen würden. Die Menschen, sowohl die Besucher als auch die Standbetreiber, brauchen nun Klarheit und Verlässlichkeit. Der



Ministerpräsident und Herr Holetschek haben durchblicken lassen, dass sie noch einmal darüber nachdenken, wie Weihnachtsmärkte stattfinden können. Das wird nun aber Zeit, weil sie langsam aufbauen.

**Walter Nussel (CSU):** Zusammenfassend, Frau Waldmann: Was jetzt vorliegt, können wir jetzt diskutieren. Wenn das Kabinett durch den Katastrophenfall zu einem anderen Ergebnis gelangt und uns dieses vorlegt, müssen wir neu diskutieren. Ich kann nur über das sprechen, was jetzt vorliegt. Ich kann Weihnachtsmärkten im Freien unter den vorliegenden Voraussetzungen zustimmen und sagen, die Kommunen sollten diese auch so stattfinden lassen unter der Prämisse, dass sie ihre örtlichen Gegebenheiten entsprechend anpassen sowie Hygienemaßnahmen und Kontrollen durchführen.

(Zuruf)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Keine Zwischenfragen. – Herzlichen Dank, Herr Nussel. Sie können an Ihren Platz zurückkehren. – Als nächste Rednerin rufe ich jetzt Frau Susanne Kurz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

**Susanne Kurz (GRÜNE):** Herr Nussel ist groß. Ich muss erst einmal das Pult herunterfahren, lieber Kollege. Ich heiße ja Kurz.

(Heiterkeit)

Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der SPD fordert Deutlichkeit. Dem kann man sehr gut zustimmen, weil Deutlichkeit keine wirkliche Haltung ist. Dies ist ein Zurücklehnen in der Oppositionsrolle. Man sagt: Macht einmal, Hauptsache deutlich. Deutlichkeit wäre schön. Dann werden wir sehen, ob wir es gut finden oder nicht.

Es ist noch keinen Monat her, dass es eine deutliche Regelung gab. Wir GRÜNEN haben schon im September eine deutliche Regelung gefordert, allerdings nicht ein "Alles-ist-wunderbar-die-Pandemie-ist-vorbei", sondern eine deutliche Regelung, die

Weihnachtsmärkte anderen Veranstaltungen gleicher Größe gleichstellt. Dann wüssten wir nämlich, was bei anschwellender und abschwelender Pandemie zu tun ist. Was bietet ein Weihnachtsmarkt neben seiner traditionellen Funktion als Kulturgut? – Er bietet Outdoor-Shopping, wo Indoor-Shopping erlaubt ist. Er bietet Outdoor-Gastronomie, wo Indoor-Gastronomie erlaubt ist. Er bietet Flanieren im Freien, wo im Moment sogar Flanieren auf Indoor-Messen oder in Freizeitparks erlaubt ist.

Seien wir doch einmal ehrlich: Nicht die Weihnachtsmärkte überlasten momentan unser Gesundheitssystem, sondern die fehlenden Konzepte zum desaströsen Impffortschritt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich wünsche mir sehr, dass man kreativ wird, dass man ein bisschen Gas gibt. Nehmen wir zum Beispiel den Familien-Plärrer in Augsburg, der hat es gezeigt. Da gab es an einem Wochenende Impfbusse. Da kam es zu vielen, vielen Tausend Erstimpfungen. Der Verband der Münchener Kulturveranstalter – VDMK – hätte so etwas auch gerne bei Clubs gemacht. Die Staatsregierung hat gesagt: Finden wir gut, wenn ihr es bezahlt, bitte schön. – Deshalb: Deutlichkeit sehr gerne. So einem Antrag stimmen wir sehr gerne zu. Helfen Sie, liebe Staatsregierung, den Kommunen, dass unsere Weihnachtsmärkte erhalten bleiben, zu Bedingungen, die hier in der Pandemie möglich sind.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Frau Kurz. – Nächster Redner ist Herr Kollege Manfred Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Manfred Eibl (FREIE WÄHLER):** Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIEN WÄHLER können uns voll und umfänglich den Worten von Walter Nussel anschließen. Eigenverantwortung ist eine zentrale Ausrichtung im gesamten Umfang zur Bekämpfung der Pandemie. Das gilt auch für unsere Seite. Des-

halb wurde im Oktober vorausschauend perspektivisch gehandelt, um vor allem für Schausteller und Händler die Grundvoraussetzungen zu schaffen. Wir halten an den gemeinsam beschlossenen Voraussetzungen für die Durchführung von Weihnachtsmärkten mit dem beschriebenen Rahmenkonzept fest. Diese Ausrichtung hat heute Bestand, und deshalb ist sie eine Perspektive zur Durchführung von Weihnachtsmärkten.

Die Staatsregierung legt ihren Fokus bei der Pandemiebekämpfung insbesondere auf den Innenbereich. Es ist schon angesprochen worden, dass die – –

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Eibl, es tut mir leid, aber Ihre Redezeit ist schon zu Ende. Sie müssten sich bei Ihren Kolleginnen und Kollegen vorher – –

**Manfred Eibl (FREIE WÄHLER):** Wir lehnen ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Diese Anmerkung war natürlich noch zugelassen. Vielen Dank.

(Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Danke!)

– Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Christian Klingen, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Christian Klingen (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Mitte Oktober war die Welt im Corona-Panikland Bayern scheinbar noch in Ordnung. Weihnachtsmärkte sollten dieses Jahr nicht zur Disposition stehen, haben Staatsminister Holetschek und Staatsminister Aiwanger vollmundig verkündet. Sie sollten stattfinden, und zwar ohne Umzäunung und 3G-Regelungen, dafür mit Alkoholausschank. Unser geschätzter Landesvater wies sogar noch darauf hin, dass es sich bei dieser liebege-

wonnenen Vorweihnachtstradition grundsätzlich um Freiluftveranstaltungen mit geringerem Ansteckungsrisiko handelt.

(Zuruf)

So weit, so gut. Jetzt hat die Staatsregierung den Corona-Katastrophenfall ausgerufen – hatten wir ja auch schon lange nicht mehr. Schon wird zurückgerudert. Es könne nicht sein, dass draußen die Punschbuden offen sind, während in den Kliniken der Ausnahmezustand herrscht, so unser Gesundheitsminister. Tatsächlich? In den Kliniken herrscht also Ausnahmezustand? Wenn das wirklich so ist, wieso fliegt dann die Bundeswehr im Auftrag der Bundesregierung COVID-Patienten aus Rumänien ein,

(Beifall bei der AfD)

Patienten, die nach Auskunft eines Sanitätssprechers alle intensivmedizinische Betreuung brauchen? – Die Maßnahme sei gedacht, um das rumänische Gesundheitssystem zu entlasten. Wenn wir also Kapazitäten haben, um Gesundheitssysteme anderer EU-Länder zu entlasten, können unsere Krankenhäuser eigentlich nicht wirklich am Limit sein.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch)

Aber wenn doch, wäre es dann nicht sinnvoller, wir würden erst einmal bundesländerübergreifend das deutsche Gesundheitssystem entlasten? Aber es ist natürlich einfacher, die Bürger mit neuen Repressalien zu schikanieren. Reicht es nicht, dass wegen einer herbeihalluzinierten Pandemie, bei der es nach entsprechenden Studien erwiesenermaßen keine Übersterblichkeit gab, zwei Mal das Oktoberfest ausgefallen ist und letztes Jahr viele Christkindlesmärkte abgesagt wurden? In einigen Gegenden Deutschlands gipfelt die Corona-Hysterie bereits in einer Art Impf-Apartheid. Geimpfte und Ungeimpfte werden auf Weihnachtsmärkten in durch Zäune abgetrennten Bereichen untergebracht. Die einen dürfen dort die Gastronomie nutzen, die anderen können sich zwar Glühwein und Bratwurst kaufen, dürfen sie aber nicht vor Ort verzehren.

Ist dieser Wahnsinn die Blaupause für den Freistaat Bayern? Wenn es um unser Gesundheitswesen tatsächlich so dramatisch bestellt ist, dass Ansteckungen sogar bei Freiluftveranstaltungen befürchtet werden, dann, meine Damen und Herren, sollte man vielleicht einmal die naheliegende Frage diskutieren, was die vielbeschworene Impfung bezüglich Ansteckungsrisiken und Herdenimmunität überhaupt taugt. Offenbar wenig bis nichts. Das wird auch nicht besser, wenn man jetzt auf Teufel komm raus boostert.

Des Weiteren sollte man endlich aufhören, die Augen vor der Realität zu verschließen. Viele COVID-Patienten in Kliniken und auf Intensivstationen sind vollständig geimpft. Diese Tatsache ändert sich auch nicht dadurch, dass man die Statistiken verbiegt.

(Widerspruch)

Rechts- und Planungssicherheit für die Betreiber der Märkte? – Ja, aber die wurde im Rahmenkonzept für Weihnachtsmärkte bereits im Oktober beschlossen. Bayerns Bürger brauchen allerdings keine Maskenpflicht, keine 3G-Regeln, Abstandsgebote oder gar ein Alkoholverbot auf Christkindlesmärkten, wie von der SPD gefordert. Stattdessen brauchen Sie, was Ihnen schon seit fast zwei Jahren von der Staatsregierung verwehrt wird: Freiheit, Eigenverantwortung und Lebensqualität, kurz gesagt: ihre Grundrechte.

(Beifall bei der AfD)

Der Antrag der SPD geht in die falsche Richtung. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei der AfD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Wir haben eine Zwischenbemerkung. – Frau Waldmann, bitte.

**Ruth Waldmann (SPD):** Herr Klingen, Sie haben eben von einer herbeihalluzinierten Pandemie geredet. Heißt das, dass die AfD nach wie vor die Realität der Pandemie nicht anerkennt, nicht sieht und aus diesem Grund sämtliche Maßnahmen ablehnt?

**Christian Klingen (AfD):** Wir lehnen diese Maßnahmen im Freien ab. Das sind unsere Grundrechte. Wer Angst hat, der kann von den Weihnachtsmärkten fernbleiben. Man kann eine Maske tragen, man kann sich schützen. Das muss ja wohl jedermanns eigene Sache sein. Wir lehnen diese sogenannte Impf-Apartheid ab, wonach man nur noch in verschiedenen Bereichen sitzen kann, Verbote hat und von den anderen separiert wird. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke. Keine weiteren Fragen. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Albert Duin von der FDP-Fraktion auf.

**Albert Duin (FDP):** Herr Präsident, nach diesem populistischen Quatsch komme ich wieder zurück zu dem Antrag, um den es hier tatsächlich geht.

(Beifall)

Also, ich musste den Antrag zweimal lesen. Mit dem Titel können wir voll mitgehen, denn der heißt: "Planungssicherheit für Weihnachtsmärkte". Absolut super! Das Problem ist nur, was ihr darin noch beschreibt. Ich habe nicht so viel Zeit, als dass ich das hier alles ausführen könnte. Es gibt ein Rahmenkonzept für Weihnachtsmärkte. Wir wollen doch alle, dass Weihnachtsmärkte stattfinden, damit wir uns eben auch wieder draußen herumtreiben können. Es gibt Konzepte, es gibt Abstandsregeln, es gibt die 3G-Regel. All diese Dinge gibt es, und wir wissen, dass sie funktionieren. Wir müssen aber dafür sorgen, dass wir uns nicht auf der anfangs versprochenen Immunität durch die Zweitimpfung ausruhen. Nein, es gibt die Booster-Impfung. Wir haben gemerkt, solange diese zweite Impfung funktionierte, hat das funktioniert. Dann brauchen wir jetzt eben die dritte Impfung. Die Leute sollen nicht so lethargisch sein, sondern sie sollen

sich bitte auch noch ein drittes Mal impfen lassen. Ganz echt, dann haben wir eine größere Sicherheit.

Das Infektionsrisiko ist doch an der Luft sowieso deutlich niedriger als in geschlossenen Räumen. Wir sollten die Weihnachtsmärkte also auf alle Fälle stattfinden lassen. Die Entscheidung muss heute getroffen werden, weil diese Leute Planungssicherheit brauchen. Sie haben Einkäufe zu tätigen, Personal zu organisieren und die ganzen Dinge drumherum zu machen. Sie müssen Anträge beim KVR stellen. Dort heißt es: "Ja? – Nein! – Ja, Mhm, vielleicht. Rückruf: Na ja, unter diesen Bedingungen geht es vielleicht noch. – Das darf nicht sein. Es muss ganz klare Voraussetzungen geben. Wir können sagen: 3G. Wir können sagen: Maskenpflicht. Wir können sagen: Es ist im Freien. All das ist in Ordnung. Aber eine Verschärfung der Maßnahmen würde für viele Schausteller das Aus bedeuten. Leute, wir können das nicht machen. Wir können sie doch nicht erst wieder ins Geschäft hineinlocken und sagen: Na ja, das wird schon wieder funktionieren und dann sagen: Jetzt doch wieder nicht.

Alles laden wir auf dem Rücken der Leute ab, die damit ihr Geld und ihren Lebensunterhalt verdienen und die sich darauf gefreut haben, dass es endlich wieder losgeht. Genauso haben wir uns gefreut, dass es wieder losgeht. Ich habe gerade schon vom Kollegen Nussel gehört, wir wollen doch auch mal wieder einen Glühwein trinken gehen. Das finde ich richtig.

Ein großes Problem ist natürlich, wenn wie zum Beispiel in München auf Märkten 3G gilt, gleichzeitig andere Regeln in den Geschäften gelten. Wenn ich in den Geschäften meinetwegen 3G plus habe und auf den Christkindlesmärkten nicht, dann wird es ein Tohuwabohu geben. Wir brauchen Verhältnismäßigkeit und eine konsequente Anwendung der AHA-Regeln, 3G im Innenraum. –

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Albert Duin (FDP):** Jawohl. – Wir brauchen kostenlose Tests für jedermann, und zwar Schnelltests und PCR-Tests.

Wir lehnen den Antrag ab.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Jetzt gibt es noch einen zeitlichen Nachschlag, denn es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Bergmüller von der AfD-Fraktion.

**Franz Bergmüller (AfD):** Lieber Kollege Albert Duin, Fakt ist, dass es nach dem Rahmenkonzept, das bisher gelten würde – so ist es in Nürnberg groß hinausposaunt worden –, auf dem Weihnachtsmarkt gar keine 3G-Regelung gibt. Wenn in München etwas anderes gelten sollte, dann ist das eine lokale Allgemeinverfügung, wie sie jetzt Herr OB Reiter für die Gaststätten einführen will, indem er 2G obendrauf setzt und die Gaststätten damit mit voller Dreistigkeit auch noch zerstören will.

Jetzt frage ich dich: Willst du dann lieber das Rahmenkonzept verwirklicht haben? Oder willst du die 3G-Regel zum Schutz einführen? Bei uns im Landkreis Rosenheim haben 44 von 46 Gemeinden die Weihnachtsmärkte schon vor Veröffentlichung des Rahmenkonzeptes abgesagt. Die 47. Gemeinde ist die Stadt Rosenheim als Großkommune und kreisfreie Stadt. Die hat den Weihnachtsmarkt auch abgesagt, weil vorher schon die anderen Gemeinden abgesagt haben. Sie sahen sich nicht imstande, die damals im Raum stehenden unbürokratischen Regelungen – so der Entbürokratisierungsbeauftragte Nussel – zu erfüllen. Bist du für eine Verschärfung der 3G-Regel oder nicht?

**Albert Duin (FDP):** Auf keinen Fall möchte ich eine Verschärfung. Ich denke, draußen im Freien funktioniert das. Wir haben auch in den Restaurants und Gaststätten ganz wenige bis keine Ansteckungen, wie du es selber vorhin angebracht hast, weil die Konzepte eingehalten worden sind. Das heißt also, die Konzepte sind wirksam.

Wenn viele Kommunen jetzt einfach sagen, sie wollen und trauen sich nicht, dann liegt das natürlich in deren eigener Macht. Falsch ist es auf alle Fälle. Wir brauchen eine klare Regel, damit die Leute planen können und wieder Geld verdienen können. Es ist tatsächlich so, dass viele Leute über andere entscheiden, die selber nicht von den hin-



zunehmenden Einbußen betroffen sind. Das ist das große Problem. Wir müssen in Zukunft darauf achten und als Politiker eben auch mal darüber nachdenken, was unsere Entscheidungen für die Menschen bedeuten, die davon leben, die zum Beispiel Weihnachtsmärkte betreiben.

(Beifall bei der FDP)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/18824 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP sowie die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung "Bayerische Kliniken schützen – Sanktionen verhindern, Pflege unterstützen, finanziellen Druck beseitigen", Drucksache 18/18823, bekannt. Mit Ja haben 17 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 134 Abgeordnete gestimmt. Enthaltungen: eine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/18825 mit 18/18829 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Sitzung beendet. Ich wünsche einen schönen Nachhauseweg. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:04 Uhr)